

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 15 (1935-1936)

Heft: 2-3

Artikel: Die Tschechoslowakei im Lichte der letzten Wahlen

Autor: Winkler, Franz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158018>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Uns scheint, als ob die Litauer die jahrhundertelange Unterdrückung, die sie selbst unter der russischen Herrschaft erfahren haben, nun den Memelländern vergelten wollen. Sie benehmen sich wie ein Volk, das aus Unfreiheit und Knechtschaft plötzlich zu einer ungewohnten Macht gekommen ist und sich an ihr berauscht. Gewiß: heute sind sie in der Lage, diese Macht rücksichtslos zu nützen, denn hinter ihnen steht als mächtiger Verbündeter ihr früherer Unterdrücker: Russland. Und trotzdem spielen sie ein gefährliches Spiel. Man weiß, daß Polen seine Ansprüche auf die Memelmündung keineswegs aufgegeben hat. Niemand kann sagen, ob nicht eines Tages die Litauer, heute die Herren, ihre eigene Freiheit den Ansprüchen eines größeren und stärkeren Volkes zu opfern haben werden, sie, die heute die Freiheit eines kleinen Volkes täglich mit Füßen treten. Eines ist gewiß: sie werden sich nicht beklagen können.

Der Osten will nicht zur Ruhe kommen. Tiefgehende Veränderungen sind möglich. Das Memelland ist nur eine kleine Figur in einer weltbewegenden Partie. Möchte doch der Gang der Ereignisse das tragische Geschick dieses kleinen, tapferen Volkes wenden und ihm, nach Jahren schwerer Prüfung, wieder der Tag der Freiheit erscheinen.

Die Tschechoslowakei im Lichte der letzten Wahlen.

Von Franz Winkler.

Während der Verhandlungen der Alliierten über die territoriale Neuordnung Europas verursachte die Aufteilung der habsburgischen Doppelmonarchie die größten Schwierigkeiten. Die Ansicht, daß die Zerlegung der großen Donaumacht in kleine Staaten in der politischen Konsequenzierung des Weltkrieges liege, hatte keinen leichten Stand. Noch schwieriger aber war es, als diese Ansicht schließlich gesiegt hatte, ohne Anwendung des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes, das Habsburger Erbe zu verteilen. Frankreich setzte jedoch seinen Willen durch, den die tschechischen Delegierten Masaryk und Benesch mit Zähigkeit noch während des großen Krieges entscheidend beeinflußt hatten. Auf den Trümmern der Donaumonarchie entstand ein völlig neuer Staat: die Tschechoslowakei. Ihm wurden in den Friedensverträgen die historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien, die heute die Grundsäulen des Staates bilden, einverleibt. Von Ungarn wurde die sogenannte Slowakei und ein südlich des Karpathenkammes gelegener langgestreckter, wenn auch schmaler Streifen: das heutige Karpathorussland abgetrennt, um eine, wenn auch sehr umständliche, doch direkte Verbindung mit Rumänien, herzustellen. Schließlich gaben, infolge der Vertragsbestimmungen, die ehemaligen österreichischen Erblande das Gebiet von Feldsberg und Gmünd

an das neue Staatswesen ab. Die Tschechoslowakei hat daher nicht nur eine recht ungünstige Grenzgestaltung, sie besitzt überdies durch die Vielgestaltigkeit der nationalen Zusammensetzung den Charakter eines Nationalitätenstaates.

Die Tschechoslowakei umfaßt ein Gebiet von 140 000 Quadratkilometern und ist etwa dreimal so groß wie die Schweiz. Nach der letzten Volkszählung 1935 hat die Republik 15 Millionen Einwohner bereits überschritten. Nach der Volkszugehörigkeit beherbergt die Tschechoslowakei 9,7 Millionen Slaven (annähernd hiervon $\frac{2}{3}$ Tschechen und $\frac{1}{3}$ Slovaken), 3,3 Millionen Deutsche, 700 000 Ungarn, 500 000 Ruthenen (Karpathorussen), 90 000 Polen und 190 000 Juden. Die Zusammensetzung des Parlamentes und der Regierung werden allein schon durch die nationale Struktur entscheidend beeinflußt. Die Staatsführung liegt denn auch seit Bestand des Staates durchaus bei den tschechischen Parteien. Weitaus geringeren Einfluß auf die politische Parteiengestaltung besitzt die konfessionelle Zusammensetzung, die nachstehendes Bild zeigt:

10,8	Millionen	Katholiken,
1,2	"	Protestanten,
0,8	"	tschechoslowakische Nationalkirche,
0,35	"	Juden,
0,85	"	Konfessionslose,
1	"	Andere.

Lediglich die Katholiken verfügen in den wichtigsten vier Nationen Tschechen, Slovaken, Deutsche, Ungarn über eigene konfessionelle Parteien. Bemerkenswert ist die Nationalkirche, die an den von den Tschechen heute noch verehrten, zu Konstanz verbrannten Johann Huß anknüpft.

Böhmen, Mähren und Schlesien sind Länder und Provinzen von hoher und alter europäischer Kultur, mit einer außerordentlich begabten und fleißigen Bevölkerung, die auf allen Gebieten des Geistes- und Wirtschaftslebens große Leistungen hervorgebracht hat. Der deutsche Einfluß auf das Kultur-, Geistes- und Wirtschaftsleben dieser Länder war im Laufe der Jahrhunderte außerordentlich. Das tschechische Volk verstand es, durch hohe Intelligenz, Begabung, Fleiß und Sparsamkeit und durch ein starkes Nationalbewußtsein sich die Stellung als Kulturnation zu sichern. In diesen Ländern bewohnen die Deutschen geschlossen die Randgebiete an den Abhängen der Sudeten, des Riesen-, Iser-, Lausitz- und Erzgebirges und des Böhmerwaldes und außerdem zahlreiche Sprachinseln. Die Tschechen bevölkern die viel fruchtbareren, ausgedehnten Teile im Innern dieser Länder. Die deutschen Gebiete zeigen eine starke industrielle Struktur mit dichter Zusammenballung in Städten und Industriorten. Ihr Verhängnis ist, daß eine hochentwickelte Industrie in den zwei wichtigsten Zweigen Baumwolle und Glas seit Kriegsende darniederliegt und sich nicht mehr erholen kann. Die Autarkie der Nachkriegszeit und die industrielle Emanzipation der

fernen Erdteile brachte Einschränkung und Verlust des Weltmarktes. Das erklärt zum Teil den relativ hohen Stand der Arbeitslosigkeit in den deutschen Industriebezirken, die vielfach nurmehr wirtschaftlichen Friedhöfen gleichen. Die große Bodenreform, die nach dem Umsturz des Jahres 1918 einsetzte und den Großgrundbesitz, auf dem Tausende Deutsche als Beamte, Angestellte und Arbeiter ihre Existenz fanden, kolonisierte, vermehrte den Zustand sozialer Hoffnungslosigkeit. Schließlich haben die Möglichkeiten, die Überfülle an Intelligenz in der ganzen großen Monarchie in Stellung zu bringen, aufgehört. Der neue Staatsdienst, der in allen seinen Zweigen, wie Eisenbahn, Post, Telegraph und Verwaltung, hunderttausende Absolventen der Hoch- und Mittelschulen beschäftigt, bevorzugt nicht mehr wie ehedem das deutsche Element.

Die republikanische Verfassung ist den westeuropäischen Parlamentsdemokratien nachgebildet. Volksentscheid und plebiszitäres Gedankengut sind in der Verfassung nicht verankert. Die Präsidentenwürde bekleidet seit Errichtung des Staates der greise und populäre Staatsgründer Thomas Masaryk. Er residiert, unterstützt von seinem Sohne, dem Gesandten in London Jan Masaryk, am Hradchin, der die so malerische Lage der tschechoslowakischen Kapitale an der Moldau begründet. Der Hradchin beherbergt aber auch deutsche Baudenkämler ganz seltener Art.

Das Wahlrecht ist ein direktes, allgemeines, gleiches und geheimes. Die Frauen besitzen Stimmrecht. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus mit 300 und dem Senat mit 150 Mitgliedern.

In 22 Wahlkreisen kandidierten zu den Wahlen am 19. Mai vierzehn Parteien. Ein Vergleich zwischen den Wahlen von 1929 und 1935 ergibt folgendes Bild der Mandatsentwicklung:

	1929		1935	
	Abg. Haus	Senat	Abg. Haus	Senat
Republikaner (Tschl. Agrarpartei)	46	24	45	23
Tschl. Sozialdemokraten	39	20	38	20
" Nationalsozialisten (Benes)	32	16	28	14
" Volkspartheid (Klerikale)	25	13	22	11
" Nationaldemokraten (Kramář)	18	9	17	9
Gewerbe partei	12	6	17	8
Slovakische Volkspartheid (Hlinka-Klerikale)	19	9	22	11
Gajda-Faschisten	—	—	6	—
Ungarn und Zipser Deutsche	9	6	9	5
Kommunisten	30	15	30	15
Deutsche Parteien:				
Deutsche Sozialdemokraten	21	11	11	6
Bund der Landwirte	12	8	5	—
Deutsche Christlichsoziale	11	6	6	3
Deutsche Nationalsozialisten	8	4	aufgelöst	
Deutsche Nationalpartei	6	—	verboten	
Deutsche Gewerbe partei	3	2	—	—
Deutschdemokraten	2	1	—	1
Rosche Gruppe	2	—	—	—
Sudetendeutscher Landbund	1	—	—	—
Sudetendeutsche Partei (Henlein)	—	—	44	23

Im slavischen Lager sind nur geringe Veränderungen zu verzeichnen. Doch geradezu revolutionären Charakter zeigen die gewaltigen Verschiebungen im deutschen Lager.

Bis zum Jahre 1926 verwalteten den Staat rein tschechische Koalitionsregierungen. Seit 1926 beteiligen sich auch deutsche Gruppen an der Regierung. Die nach den jüngsten Wahlen durchgeführte Neubildung der Regierung unterscheidet sich weder sachlich noch personell merklich von der abgetretenen Regierung.

In die Regierungsmehrheit neu einbezogen wurde lediglich die ČSL Gewerbe Partei. Die Regierung stützt sich im Wesen wiederum auf die politische Vertretung des Bauerntums und Arbeiterschaft.

Die Bauern demokratie (Agrarismus).

Böhmen, Mähren und Schlesien entstanden schon lange vor dem Kriege Abgeordnete selbständiger Bauernparteien in den Wiener Reichsrat. Die tschechische Agrarpartei, die hervorragende Köpfe und in Antonin Svehla einen ausgezeichneten Führer besaß, war schon zu jener Zeit die stärkste Partei der Tschechen. Im nunmehr eigenen Staate wurde sie denn auch bald die führende Staatspartei, die über eine disziplinierte Organisation und Anhängerschaft verfügt. Sie verstand es dabei, die wirtschaftlichen Einrichtungen der Bauern und des Landvolkes genossenschaftlich meisterhaft auszubauen, wodurch die Partei eine gesunde, fast unangreifbare Fundierung erhielt. Sie ist längst über den Rahmen einer Klassenpartei der Bauern hinausgewachsen, denn sie gewinnt durch ihr politisches, nationales und kulturelles Programm zunehmend Anhänger und Wähler in den anderen Volks schichten. Seit Bestand des Staates teilhabend an der Regierung, führt sie diese nun ununterbrochen weit über ein Jahrzehnt. Der zu früh verstorbene Svehla war langjähriger Ministerpräsident. Er war es, der für einen Ausgleich mit der deutschen Minderheit eintrat. Die tschechische Agrarpartei steht wohl auf streng nationaler Grundlage, sie huldigt jedoch keineswegs chauvinistischen Zielen. Sie trat denn auch der Forderung nach Auflösung der Henlein front entgegen. Seit dem Jahre 1925 ist sie mit rund 45 Abgeordnetensitzen der maßgeblichste politische Faktor der Republik. Sie versteht es, und das ist wichtig, die heranwachsende Jugend der Partei zu erhalten und löst glücklich dieses heikle Problem aller politischen Bewegungen. Nach den Maiwahlen stellt die Agrarpartei neuerlich in Malýpetr den Ministerpräsidenten, in Černý den Innenminister, in dem Slovakenführer Dr. Milan Hodža den Landwirtschaftsminister und in Machník den Kriegsminister. Die Ministerien von politischer Bedeutung vereinigt sie demnach bei der Partei, die von Bäran, Hodža und Štoupal flug und energisch geführt wird.

Weniger glücklich operierte der Bund der Landwirte, das Gegenstück im deutschen Lager. Auch er verfügt über eine langjährige Tradition und

die deutsche Agrarpartei des alten österreichischen Parlamentes genoß größtes Ansehen und besaß zahlreiche kluge Köpfe. Der Bund der Landwirte führte im neuen Staate diese Tradition weiter und gewann im deutschen Bauern und Landvolke eine dominierende Stellung. Auch er fand in den weitverzweigten, bis ins letzte Dorf reichenden Vereins- und Genossenschaftsorganisationen die reale Basis. Solange die deutsche Bauernpartei in mäßiger Opposition stand, konnte sie ihre Position halten. Anders wurde es, als sich der Führer der Partei, Professor Spina, ein rechtschaffener und geistreicher Politiker, entschloß, im Jahre 1926 in die Regierung und damit in die Verantwortung zu gehen. Das Sudeten-deutschthum machte ihn, meist zu Unrecht, für die Nichterfüllung der deutschen Lebensforderungen haftpflichtig. Es ist nun einmal die Tragik kleiner Parteien, indem sie vermeinen durch positive Mitarbeit angesichts so schwieriger komplizierter Verhältnisse dem Volke und der eigenen Partei nützlich sein zu können. Die zu schmale Basis brachte denn auch den Bund der Landwirte in Gegensatz zu den breiten Massen des Sudetendeutschthums. Große unpopuläre Entschlüsse vermögen doch nur politische Bewegungen größeren Stils auf breitestem Basis, ohne eigenen Schaden, zu fassen. Der Bund der Landwirte hat sicher seine Verdienste nicht nur um die Bauern, sondern auch um die deutsche Minderheit. Sein Mitverdienst ist es auch, daß sich Minister Spina schützend vor Henlein stellte. Er nahm dabei an, daß es bei kommenden Wahlen zu einer gemeinsamen Plattform zwischen Bund der Landwirte und Henleinfront kommen werde.

Henlein jedoch forderte Fusion, Spina-Bierhut die Wahlgemeinschaft. Der Bruch war unvermeidlich, damit auch die Niederlage, die dem Bund der Landwirte die Hälfte seines Besitzstandes kostete. Der Einigungswille im Volke überrannte die historischen Parteien, die jungen Jahrgänge stimmten für die stärkeren Bataillone und die neue Idee.

Die Zweite Internationale.

Im alten Österreich-Ungarn fand der Marxismus in den nordböhmischen Industriegebieten zuerst Eingang. Von hier verbreitete er sich über das ganze Kaiserreich. Schon in der Vorkriegszeit stellten Böhmen, Mähren und Schlesien die Kerntruppen der Sozialdemokratie. Diese war denn auch nach dem großen politischen Umsturz von 1918 wohl organisiert und vorbereitet, beim Zerfall der Monarchie die politische Parteitätigkeit fortzuführen und die Mitwirkung an Gesetzgebung und Verwaltung zu erreichen. Bei den Wahlen 1920 erhielt die tschechoslowakische Sozialdemokratie 74 Abgeordneten Sitze und wurde dadurch die überragend stärkste Partei des Parlamentes. Die deutsche Sozialdemokratie erreichte mit 31 Mandaten fast die Hälfte der Mandate des deutschen Volksteils und errang damit innerhalb des Sudetendeutschthums eine starke Stellung. Die gesamte Sozialdemokratie, die zu den Stützen der II. Internationale Mitteleuropas zählt, besetzte über ein Drittel aller Sitze in Abgeordnetenhaus und Senat. Für

einige Zeit stellte denn auch die čsl. Sozialdemokratie den Vorsitz der Regierung mit maßgeblichstem Einfluß auf die Staatsführung. Dieser wurde erst gebrochen durch die im Jahre 1921 erfolgte Spaltung durch den Kommunismus. Nicht weniger als 27 Abgeordnete traten aus der Sozialdemokratie aus, um eine eigene Kommunistenfraktion zu bilden. Noch deutlicher zeigten die Wahlen von 1925 die weitgehende Zersetzung auf, denn die tschechoslowakische Sozialdemokratie sank von 74 auf 29 Abgeordnetensitze, die deutschen Sozialdemokraten verloren fast die Hälfte und ihr verblieben nur mehr 17 Sitze. Die Kommunisten erreichten nicht weniger als 41 Mandate. Die Sozialdemokratie verlor durch die Spaltung ihren vorherrschenden Einfluß, den sie bis heute, trotz Erholung in der folgenden Zeit, nicht mehr zurückgewinnen konnte. Seither sind die Gegensätze zwischen den beiden sozialistischen Linksparteien scharf und unversöhnlich. Die Einheitsfrontvorschläge der Kommunisten, die selbst in Frankreich Annahme fanden, haben in Prag kaum Aussicht, realisiert zu werden. Bei den Wahlen am 19. Mai 1935 behauptete die slavische Sozialdemokratie ihren Besitzstand und ist mit ihren 38 Mandaten die zweitstärkste tschechoslowakische Partei, im Parlament selbst steht sie bereits hinter Henlein, also an dritter Stelle. Ihre Vertretung in der Regierung blieb unverändert, in Minister Bechynie stellt sie weiterhin den Vizepremier. Die deutsche Sozialdemokratie erlag dem Ansturme Henleins und ist stark geschwächt in der Regierung durch Minister Czech wiederum vertreten. Unter dem Drucke der nachbarlichen Entwicklung, die nicht ohne Einfluß auf die innerstaatliche Entwicklung blieb, trachtet die Sozialdemokratie eine gemäßigte politische Haltung einzunehmen und beschränkt sich in der Hauptsache auf den wirtschaftlichen Schutz der Arbeiter- und Angestellteninteressen. Sie hat es dabei nicht leicht, denn in den großen Industriebezirken der Republik herrscht eine entsetzliche, vielfach irreparable Arbeitslosigkeit.

Die Dritte Internationale (Kommunisten).

Sie fand in den konzentrierten Industrieregionen einen ausgezeichneten Nährboden und in Smeral einen qualifizierten Führer. Die Industriefreize von Prag, Kladno, Ostrau-Witkowitz und Nordböhmien bilden ihre starken Stützpunkte. Die Prager Sektion der III. Internationale vermochte aber auch, allerdings mit reichlicher Unterstützung von Moskau, die ländlichen Wahlkreise zu durchsetzen, viel weniger in den Kernländern Böhmen, Mähren und Schlesien, als in den kulturell und wirtschaftlich zurückgebliebenen Provinzen der Slowakei und Karpathorussland. Es ist auch für die Öffentlichkeit außerhalb der Tschechoslowakei interessant, zu hören, daß die kommunistische Partei in den deutschen Industriegebieten bei den letzten Wahlen fast dezimiert wurde, während sie in den tschechischen Wahlkreisen sich behauptete oder mäßig zunahm, dagegen in der Slowakei und Karpathorussland erheblich gewann. Gewiß ist die wirtschaftliche Situation der Slowakei und der Karpathengebiete besonders krisenhaft. Und der Kom-

munismus ist nun einmal der Nutznießer des Glends. Zudem kommt, daß die slavische Volksseele, wie es scheint, für kommunistische Ideen empfänglich ist. Die nahe Nachbarschaft von Russland, aber auch von Polen, wo der illegale Kommunismus bemerkenswerten Anhang hat, mag das ihrige zum Erfolg beigetragen haben.

Es mag sein, daß die durch Pakte aktivierte Freundschaft Prag-Moskau, die die Kommunisten sozusagen legalisierte, das ihrige dazu beigesteuert hat. Nur so ist die immerhin ansehnliche Stärke von 30 Sitzen der Kommunisten-Partei zu erklären, die gegenüber 1929, trotz der katastrophalen Niederlage in den deutschen Wahlkreisen, ihren Besitzstand zu behaupten, an Stimmen sogar beträchtlich zu steigern vermochte. In den deutschen Gebieten verloren die Kommunisten die Hälfte der bisher aufgebrachten Stimmen, wiewohl die Arbeitslosigkeit hier besonders wütet und die relativ stärkste der Republik ist. Die Wahlentscheidung im deutschen Volksteil zu Ungunsten der Kommunisten steht im schärfsten Gegensatz zur Entwicklung in den slavischen Territorien des Staates. Die Tschechoslowakei hat mächtige Nachbarn. Die Einwirkung äußerer Einflüsse läßt sich nicht leugnen, obwohl man dies zumeist kritiklos tut. Die deutschen Industrieregionen liegen in unmittelbarer Nachbarschaft des Deutschen Reiches. Die gewesenen Hochburgen des Kommunismus wie Reichenberg, Warnsdorff, Zwickau usf. sind sogar ausgesprochene Grenzbezirke. Der nachbarliche Verkehr der Grenzbewohner ist naturgemäß in diesen Bezirken besonders rege. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich hatte für den Kommunismus in der Tschechoslowakei geradezu eine verheerende Wirkung. Es gibt schwerlich eine andere Erklärung, denn die Niederringung der Kommunisten in ihren Stammbezirken durch Henlein ist durchaus wert, auf ihre Ursachen geprüft zu werden. Angesichts der nationalen Struktur des Staates war schließlich auch dem sozialistischen Arbeitslosen, der Henlein wählte, klar, daß dieser, selbst bei einem vollen Siege, keine Macht ergreifung vornehmen könne. Man kann auch schwerlich von einer Verfälschung der Wahlresultate oder von Terror reden. Denn die Tschechoslowakei macht geheime und ordentliche Wahlen. Daraus folgt aber lediglich eines: die Entwicklung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich übte einen starken Einfluß auf die benachbarten Gebiete der Tschechoslowaken aus, keinesfalls abschreckend, eher anziehend. Die Slaven sind gegen solche Einflüsse immun, weil jeder persönliche Anschauungsunterricht wegfällt und ein Austausch der Meinungen unterbleibt. Die slavische Bevölkerung ist gegenüber dieser geistigen Propaganda immun, weil die sprachliche und volkliche Verschiedenheit natürliche Schützengräben zieht.

Es unterliegt aber ebenso keinem Zweifel, daß der slavische Osten der Republik von den politischen Strömungen und Kräften der Nachbarstaaten auffallend in der entgegengesetzten Richtung beeinflußt wird.

Dem gegenüber hält das tschechische Zentrum des Staates an den Tra-

ditionen der Demokratie fest und ist, wie sich zeigt, äußerer Einflüssen fast unzugänglich.

Der politische Katholizismus

verfügt über drei national gegliederte, voneinander unabhängige Parteien. Gemeinsam haben sie die geistliche Führung. Die deutsche christlichsoziale Partei präsidiert Prälat Professor Dr. Hilgenreiner, die tschechische Volkspartei Prälat Minister Šramek, die slowakische Partei Pater Hlinka. Gemeinsam ist ihnen die politische Vertretung kirchlicher katholischer Interessen, die Sympathie für Habsburg und autoritäre Tendenzen nach dem Wiener Vorbilde im Sinne der Quadragesimo anno. In den nationalen Fragen vertreten sie vielfach aus taktischen Erwägungen heraus radikale Prinzipien. Die slowakischen Klerikalen huldigen überdies dem Autonomiegedanken, der sie ständig in Gegensatz zu Prag bringt. Im alten Österreich entstanden die Gebiete der Tschechoslowakei nur wenige Klerikale Vertreter in den Wiener Reichsrat. Ihr Wachsen beginnt erst mit der Einführung des Frauenstimmrechtes. Die katholischen Pfarrer und Kapläne verstehen es ausgezeichnet, die Frauen durch den Appell an ihre religiösen Gefühle für die kirchlichen Parteien am Wahltag zu gewinnen. Und dennoch ist der politische Katholizismus unaufhaltsam im Niedergange. Die deutsche christlichsoziale Partei, die 1925 mit 13 Mandaten ihren höchsten Stand erreichte, konnte bei den Maiwahlen dieses Jahres nur noch 6 retten. Die tschechische Volkspartei, die im Landvolke Mährens starken Anhang besaß, fiel von 31 Mandaten des Jahres 1925 auf 22 bei den diesjährigen Wahlen. Die ungarische christlichsoziale Partei vertritt die nationalen Be lange stärker als die konfessionellen Interessen. Die heranwachsende Generation geht politisch völlig neue Wege. Der politische Katholizismus besitzt keine Zukunft, zumal das Volk die Widersprüche, die aus dem Verhalten der Klerikalen in anderen Staaten, wie im benachbarten Österreich, aufzulassen, nicht zu begreifen vermag. Die freiheitlich gesinnten Völker der Tschechoslowakei lehnen den politischen Katholizismus, wie die jüngsten Wahlen nachdrücklichst erweisen, entschieden ab.

Der tschechische Nationalismus.

Die Jungtschechen unter Kramarsch und die Nationalsozialisten unter Aloisac machten schon der kaiserlichen Regierung sehr zu schaffen. Die tschechischen Vertreter kämpften vor dem Kriege innerhalb der Monarchie für die tschechische Selbstverwaltung, im Kriege verbanden sie ihr Schicksal mit dem der Franzosen, sie arbeiteten für die Niederlage der Mittelmächte und für den Sieg der Entente. Sie kämpften für die Errichtung eines eigenen souveränen Staates. Kramarsch, zum Tode verurteilt, vom Kaiser begnadigt, wird erster Ministerpräsident des jungen Staates. Benesch, den Nationalsozialisten zugehörig, wirkte als illegaler Diplomat und Flüchtling im Auftrage des unter Führung Svehlas stehenden geheimen National-

rates in Prag. Benesch ist erster und heutiger Außenminister der Tschechoslowakei und vertritt heute, wie vereinbart, das Bündnis mit Frankreich, das er durch die Kooperation mit Jugoslawien und Rumänien im Rahmen der Kleinen Entente ausbaute und untermauerte. Gleichwohl führen die Verdienste der beiden Gruppen nicht zu einer Stärkung dieser, trotzdem ihr Fanatismus den Staat schuf. Die Nationaldemokraten, welche Kramarsch heute noch führt, als die Nachfolger der Jungtschechen, sind von Wahl zu Wahl im Rückgang. Das Bündnis mit der chauvinistischen Gruppe Stríbrník bei den jüngsten Wahlen endete mit Mißerfolg. Die Nationalsozialisten, deren Vorsitz der alte Klofac noch immer führt, die Partei des Außenministers Benesch, verlor gegenüber 1929 4 Mandate. Die Faschisten des Generals Gajda, die 6 Mandate erstmals eroberten, besitzen dennoch keine besonderen Chancen. Die beiden slavischen Nationen reagierten nicht auf den Rechtsruck in den benachbarten Staaten. Faschistische Ideen finden im tschechischen Volke geringen Anklang. Und es ist immerhin markant, daß in der gegenwärtigen unruhigen, von der Zuspiitung der nationalen und staatlichen Gegensätze Europas erfüllten Zeit, die ausgesprochen nationalistischen Parteien im slavischen Lager eher verlieren denn gewinnen; daß dagegen eine Partei rein gewerblicher Interessen, wie die tschechische Gewerbepartei, ihren Besitzstand erheblich zu vermehren vermochte. Das tschechische Volk hat, wie es scheint, für die Verschärfung der Spannungen in Europa, auf die Prag präzise wie ein Barometer reagiert, wenig Verständnis; es erteilte überraschenderweise bei den Wahlen am 19. und 26. Mai eine deutliche Absage. Eine bemerkenswerte Kundgebung für den Frieden, wiewohl im Wahlkampf die Kriegsgefahr zur beliebten Parole gemacht wurde.

Die deutsche Einigungsbewegung.

Durch Auflösung und Verbot der N. S. D. A. P. und der Deutschen Nationalpartei wurden beträchtliche deutsche Wählerschichten politisch obdachlos. Dieser Zustand barg große Gefahren für die deutsche Minderheit, aber auch für den Staat, in sich. Die innere Ruhe und Ordnung war ernstlich bedroht. Parteienverbote führen regelmäßig zu Romantik und Illegalität wie es sich auch anderwärts in Europa zeigt. Es ist das unbestreitbare Verdienst Konrad Henleins, des bis 1. Oktober 1933 unbekannten politischen Soldaten, durch seinen Ruf zur Sammlung auf neuen konstruktiven Grundlagen, große Gefahren, Leid und Unglück für sein Volk abgewendet zu haben. Henlein begründete die Sudetendeutsche Heimatfront, die in der kurzen Zeit von 19 Monaten zur stärksten politischen Bewegung im Staate zu werden vermochte. Weder in den böhmischen Ländern, noch sonstwo in Europa ist es bisher einer politischen Bewegung gelungen, auf evolutionärem und demokratischem Wege im ersten Anlauf 70 % der wahlfähigen Bürger zu vereinigen.

Dieser gewaltige und elementare Durchbruch im deutschen Volkskörper

liegt zum Teil in der wirtschaftlichen und seelischen Not der deutschen Minderheit begründet. Die Staatsnation übersah gewollt und ungewollt die besonders drückende nationale und soziale Lage der deutschen Mitbürger. Die Sudetendeutschen sahen die slavischen Parteien in den Fragen der Staats- und Volkspolitik einig, während das deutsche Lager, in zahlreiche mittlere und kleine Parteien gespalten, keine Gemeinsamkeit in den großen Lebensfragen der Nation erkennen ließ. Die Sudetendeutschen strömten wohl deshalb zu den Fahnen Henleins, weil sie meinten, daß eine grundlegende Änderung im Verhältnis zur Staatsnation erst eintreten könne, sofern im deutschen Volksteil die politischen Verhältnisse geordnet und saniert seien. Überwindung der Parteiensplitterung, Herbeiführung der Einigung durch eine mächtige Volksgemeinschaft war daher die Parole, die zündete, bei den Wahlen am 19. Mai die bestehenden Parteien zertrümmerte und der Sudetendeutschen Partei Henleins 1 250 000 Stimmen zuführte. Selbst die so wohlorganisierte Sozialdemokratie erlag dem Ansturm. Es kann nicht bestritten werden, daß die politische Entwicklung im benachbarten Deutschland der letzten zwei Jahre stärksten geistigen Einfluß auf die seelische Verfassung der Deutschen in der Tschechoslowakei ausübte. Es kann auch sein, daß die Isolierung Deutschlands, die in der Prager Politik und Presse ohne Rücksichtnahme auf die Gefühle des deutschen Volksteils befürwortet wurde, die Einigung beschleunigte. Unrichtig aber ist, daß, wie Wiener und Pariser Zeitungen denunzierend erklären, die Henleinpartei die getarnte Fortsetzung der N. S. D. A. P. sei. Es ist kaum anzunehmen, daß hunderttausende bisher braver Marxisten, Kommunisten und politischer Katholiken über Nacht Nationalsozialisten geworden seien, zumal nirgends so abträglich wie in Prag über das nationalsozialistische Deutschland geschrieben und geredet wurde. Die starke Dynamik, die der politischen Neuordnung innerhalb der Sudetendeutschen innenwohnt, wird von wesentlich anders gearteten Ursachen bestimmt. Es scheint mir fast gewiß, daß der deutsche Volkskörper nach den zahlreichen Trennungen der letzten Jahrzehnte von dem Gedanken zu einem ehrenvollen Ausgleich von Dauer mit der Staatsnation erfüllt ist. Rüchten und real denkende tschechische Kreise werden sich dieser Entwicklung schwerlich verschließen, sobald genügend zeitlicher Abstand vom Wahltage gewonnen ist. Noch ist das tschechische Lager zum großen Teil vom Henleinsiege, den man in diesem Ausmaße weder ahnte noch erwartete, wenig erfreut, wenn nicht bestürzt.

Die unmittelbar auftretenden Konsequenzen sind zunächst wenig erfreulich, indem die Beziehungen zwischen den beiden Völkern vorerst eher gespannter geworden sind. Es lag absolut außerhalb jeder Kombination, daß die Sudetendeutsche Partei zur Teilnahme an der Regierung aufgefordert werde. Die Situation wird noch lange Zeit Henlein eine Oppositionsstellung aufzwingen, die sicher keine radikale, sondern, wie die parlamentarischen Vertreter ankündigten, eine konstruktive sein dürfte.

Die „Neue Berner Zeitung“ schrieb in ihrer Folge vom 14. Mai, in der sie den voraussichtlichen Ausgang des Wahlentscheides richtig einschätzte und voraus sagte:

„Es scheint, daß solange Masaryk am Hradčin die Geschicke des Staates leitet, mit einschneidenden Veränderungen nicht zu rechnen ist. Anders liegt der Fall bei einem Wechsel in der Staatspräsidentenschaft, wodurch die Veränderungen, die der 19. Mai sicher bringen wird, erst wirksam werden können. In diesem Sinne sollte der Volksentscheid vom 19. Mai seine Deutung finden.“

Die Partei der agrarischen Republikaner, die die Entwicklung von der Standespartei zur großen Staatspartei bereits hinter sich hat, besitzt die großen Zukunftschancen, eine Konzentration im tschechischen Lager herbeizuführen. Innerpolitisch hat sie nunmehr in der Partei Henleins den starken legitimierten Partner, mit dem, auf lange Sicht gesehen, der deutsch-tschechische Ausgleich vorbereitet werden kann. Die tschechischen Agrarier verfügen mit Henlein und anderen Parteien, die sich ihr schon immer in großen Fragen attachiert haben, über eine sichere Mehrheit im Parlamente. Die Agrarier sind ausgleichswillig, mutig und klug. Gelingt es Henlein, seine gewaltige Gefolgschaft in Geduld und Disziplin bei den Fahnen zu halten, dann dürfen die Aussichten für die Lösung dieses kardinalen Problems durchaus optimistisch beurteilt werden. Ein solches Ergebnis würde aber auch nicht ohne Einfluß auf die Prager Außenpolitik bleiben können. Die Wahlergebnisse des 19. Mai sollten daher nur im Spiegel künstiger Perspektiven betrachtet werden.

Mussolini und Österreichs historische Sendung.

Von Robert Sassege.

Mussolini ist unter die Historiker gegangen. Nach seinen Zusammenkünften mit Laval und Schuschnigg brachte „Le Journal“ einen Leitartikel: *La mission historique de l'Autriche. Par Mussolini*. In der Tat, wer könnte authentischer als der Duce künden, wie die beiden lateinischen Schwesterstaaten die für Europa und auch für die Schweiz brennende Österreichische Frage ansehen? — Er überrascht die Welt mit der These, daß die Unabhängigkeit Österreichs nicht etwa auf dem Interesse und der Macht Italiens und anderer (benachbarter wie nichtbenachbarter) Staaten beruhe, sondern auf innerer Notwendigkeit. Denn sie entspringe einer geschichtlichen Sendung. Freilich muß er gleich einräumen, daß viele Österreicher anders dächten. Für sie schien der Sturz des Kaiseriums, in dem die „Autrichiens-Allemands“ gleichsam Herr und